



## Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Britney Spears ist nicht tot, genauso wenig wie Papst Franziskus ein Fan von Donald Trump ist oder Pakistan Israel mit dem Einsatz von Nuklearwaffen gedroht hat. In allen drei Fällen handelt es sich um Fake News. Das sind gezielte Falschmeldungen, die ins Internet gestellt werden, um Schaden anzurichten oder auch nur um massenhaft Seitenaufrufe zu generieren und damit Geld zu machen.

Bislang waren es Einzelfälle. Seit einigen Monaten aber ist diese Art von Kriminalität im Netz system. Beispiel US-Wahlkampf. Russischen Hackern soll es gelungen sein, auf das E-Mail-Konto von Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton zuzugreifen. „Spear Pishing“ nennt man das. Die Meldung, ein mit Hillary Clintons E-Mail-Skandal betrauter FBI-Ermittler hätte Selbstmord begangen, entpuppte sich als Fake



News. Erleben wir gerade einen Kalten Krieg im Netz?

Langsam treten die Schattenseiten des Internets ans Licht, einem Werkzeug, dem wir bislang nur gute Eigenschaften zugeschrieben hatten, die es zweifelsfrei auch gibt. Vielen Bevölkerungsschichten wurde der Zugang zu Information erst durch die Digitalisierung eröffnet, insbesondere in Ländern, in denen die Presse- und Meinungsfreiheit noch nicht gesichert ist. Den Arabischen Frühling im Jahr 2011 hätte es ohne Internet wohl

## Was können wir noch glauben?

Falschmeldungen, sogenannte **Fake News**, sind ein Geschwür im Internet und in den sozialen Medien. Das verlangt nach **Gegenmaßnahmen** und mahnt zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Information.

nicht gegeben. Mit den digitalen Medien sind aber auch große Gefahren verbunden: In der zunehmenden Flut von Information gestaltet sich der Selektionsprozess mühsam. Die Kontrolle über Inhalte und Urheberschaft von Meldungen ist derzeit nicht ausreichend gewährleistet.

Geläutert von der Erfahrung im US-Wahlkampf hat nun die deutsche Bundesregierung, aber auch die Europäische Union, der Verbreitung von Fake News den Kampf angesagt. In Deutschland befürchtet man, die Bundestagswahlen 2017 könnten von Falschmeldungen beeinflusst werden. EU-Kommissionspräsident Juncker erinnerte an die Selbstverpflichtung sozialer Medien, Standards einzuführen, um Manipulationen zu verhindern. Die Reaktionen kamen zaghaft. Mark Zu-

ckerberg kündigte an, Facebook werde falsche Meldungen präventiv auffangen, indem es sie von Nutzern kennzeichnen lässt. Eine Maßnahme, die zu kurz greift. Denn ist eine Falschmeldung erst einmal im Umlauf, verbreitet sie sich über die sozialen Medien in Windeseile. Richtigstellungen dringen meist nicht im selben Maß durch.

Vor allem aber stehen Journalisten in der Verantwortung. Es darf nicht jedes Online-Gerücht gleich aufgegriffen und verbreitet werden. Recherche ist Pflicht, keine Kür. In Zeiten von Informations- und Reizüberflutung werden sich jene Medien behaupten, die sich durch die notwendige Distanz, durch Recherchequalität und Glaubwürdigkeit auszeichnen. Warum nicht: Es wird die Renaissance der Wochenzeitschriften sein.

